

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium:** Schulausschuss - öffentlich  
**Sitzungstermin:** Montag, 20.11.2023  
**Raum:** Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede  
**Sitzungsbeginn:** 17:02 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:13 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Herr Wilhelm Janßen                      SPD

**ordentliche Mitglieder**

Herr Michael Fierkens                      CDU                      für Alexander von Essen

Frau Sylke Heilker                      CDU

Herr stv. BM Kai Kupperbusch              CDU

Frau Susanne Lamers                      CDU                      für Tim Kammer

Frau Anne Brandt                      SPD

Herr Benjamin Dau                      SPD

Herr Andreas Daries                      B90/Grüne

Frau Dr. Sabine Eyting                      B90/Grüne                      für Birgit Rowold

Frau Evelyn Fisbeck                      FDP

Herr Theo Meyer                      UWG

Frau Saskia Duin-Lay                      Lehrervertreterin

Herr Fabian Kolbe                      Elternvertreter

**Verwaltung**

Herr Bürgermeister Lars Krause

Frau Sabine Meyer

Herr Stefan Unnewehr

Frau Anneke Schipper

Frau Anke Wilken

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

**Gäste**

Frau Claudia Berger von der KGS Rastede

Frau Hildegard Varelmann von der KGS Rastede

Herr Berthold Schmutte von der Schule am Voßbarg

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

sowie 5 weitere Zuhörer

**Entschuldigt fehlen:**

**ordentliche Mitglieder**

Herr Tim Kammer	CDU
Herr Alexander von Essen	CDU
Frau Birgit Rowold	B90/Grüne
Herr Hannes Hillen	Schülervertreter

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.05.2023
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Einführung Jugendbeteiligungsformat „SchülerInnen-Haushalt“  
Vorlage: 2023/186
- 6 Haushalt 2024 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan  
Vorlage: 2023/165
- 7 Anfragen und Hinweise
- 8 Einwohnerfragestunde
- 9 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen eröffnet die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 17:02 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

**Sitzungsverlauf:**

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 13 stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Schulausschuss beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.05.2023**

**Der Schulausschuss beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 22.05.2023 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

**Tagesordnungspunkt 5**

**Einführung Jugendbeteiligungsformat „SchülerInnen-Haushalt“  
Vorlage: 2023/186**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Wilken stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, noch einmal kurz das Projekt Solidarität-Anerkennung-Respekt-Achtsamkeit (SARA) mitsamt den Projektzielen und den Ergebnissen vor. Sie weist ergänzend darauf hin, dass insgesamt rund 500 Personen in den verschiedenen Formaten mitgewirkt haben, wobei insbesondere die schulbezogenen Formate sehr gut angenommen wurden, während die offenen Formate kaum Zuspruch erfahren haben. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sie, dass schulbezogene Jugendbeteiligungsformat „Schüler\*innenHaushalt“ der Bertelsmann Stiftung künftig dauerhaft zu etablieren und heute eine entsprechende Beschlussfassung herbeizuführen. Daran anschließend bittet sie, die Lehrkräfte Frau Varelmann von der KGS Rastede und Herr Schmutte von der Förderschule am Voßbarg als Sachverständige zum Thema anzuhören.

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen lässt über den Vorschlag von Frau Wilken, die Lehrkräfte Frau Varelmann und Herr Schmutte als Sachverständige zum Thema anzuhören, abstimmen.

Bei 13 Ja-Stimmen wird der Vorschlag angenommen.

Frau Varelmann lobt die seit dem CTC-Projekt gewachsene und sehr gute Zusammenarbeit zwischen der KGS und der Kommune ausdrücklich und spricht sich dafür aus, das Jugendbeteiligungsformat „SchülerInnen-Haushalt“ an der KGS und der Schule am Voßbarg zu initiieren und dauerhaft zu etablieren, da dieses Format die gesellschaftliche Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Sie weist darauf hin, dass sich bei diesem Projekt, Schülerinnen und Schüler ernst genommen fühlen und anhand konkreter Beispiele lernen, wie demokratische Abläufe und Entscheidungsprozesse bis hin zur Realisierung eines Vorhabens vonstattengehen.

Herr Schmutte ergänzt, dass das Projekt SARA die Schülerinnen und Schüler der Förderschule sehr motiviert hat und durch das Mitwirken von Kommunalpolitikern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ein sehr positives Gemeindebild entstanden ist. Im Übrigen ist Demokratieerziehung in der Schule ein sehr bedeutsames Thema, sodass das vorgeschlagene Jugendbeteiligungsmodell der Gemeinde absolut zu begrüßen ist.

Herr Küpperbusch signalisiert vollumfängliche Zustimmung zum Projektvorschlag, betont jedoch, dass aus Sicht der CDU-Fraktion dies nur ein Anfang sein kann und auch offene Jugendbeteiligungsmodelle wie ein Jugendbeirat oder ein Jugendgemeinderat nach einer Erfahrungsphase weiterverfolgt werden sollten.

Herr Meyer, Frau Fisbeck und Frau Brand unterstützen ebenfalls das vorgestellte schulgebundene Beteiligungsformat und bemerken unter anderem, dass mit diesem Format Schülerinnen und Schüler aufgefordert werden, eigene Ideen zu entwickeln, sich dafür einzusetzen und letztendlich Verantwortung zu übernehmen.

Frau Duin-Lay ergänzt, dass die Schülerinnen und Schüler bei einzelnen Vorhaben gegebenenfalls schnell an finanzielle Grenzen stoßen, sodass sich der Rat bei möglichen weitergehenden Wünschen über das vorgeschlagene Budget von 10.000 Euro hinaus offen zeigen sollte.

Frau Dr. Eyting stellt noch einmal heraus, dass mit dem SchülerInnen-Haushalt der Bertelsmann Stiftung allen Schülerinnen und Schüler eingebunden werden, während bei offenen Angeboten laut der Stiftung überwiegend Jugendliche mitwirken, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben. Vor diesem Hintergrund ist der vorgesehene integrative Ansatz genau richtig, anstatt viel Kraft und Energie in offene Konzepte zu stecken, die erfahrungsgemäß nicht in die gesellschaftliche Breite wirken.

Frau Heilker weist darauf hin, dass ein Jugendparlament / Beirat auch über das Umfeld Schule hinaus Themen aufgreifen kann, die die Jugendlichen bewegen, sodass sie darum bittet, nach zwei Jahren eine Evaluierung des Projekts vorzunehmen, um dann die Thematik noch einmal vertiefend erörtern zu können.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden die einzelnen Standpunkte der Fraktionen von weiteren Rednern verfestigt.

Frau Wilken betont abschließend, dass entsprechende Studien eindeutig belegen, dass offene Angebote vorwiegend sehr engagierte Jugendliche ansprechen, es jedoch wichtig ist, basisorientiert zu arbeiten, um alle Schülerinnen und Schüler einbinden zu können.

### **Beschlussempfehlung:**

1. Zur Förderung demokratischer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen wird ab dem Haushaltsjahr 2024 ein SchülerInnen-Haushalt eingerichtet.
2. Für das Haushaltsjahr 2024 werden im Bereich der KGS 10.000 Euro, im Bereich der Förderschule am Voßbarg 1.500 Euro zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung berichtet spätestens bis zu den Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2025 über die Umsetzung des Projektes.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	



## **Tagesordnungspunkt 6**

### **Haushalt 2024 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan Vorlage: 2023/165**

#### **Sitzungsverlauf:**

Frau Meyer stellt zu Beginn der Beratung für den Geschäftsbereich 2 anhand einer Präsentation (Anlage 2 zur Niederschrift) die wesentlichen Produkte Grundschule (GS) Feldbreite, GS Hahn-Lehmden, GS Kleibrok, GS Leuchtenburg, GS Loy und GS Wahnbek sowie KGS Rastede und Förderschule am Voßbarg vor. Sie weist dabei darauf hin, dass keine Maßnahme an den Schulen gestrichen wurde, jedoch prozentuale Kürzungen vorgenommen wurden, um den Haushaltsausgleich erreichen zu können. Dessen ungeachtet bemerkt sie, dass seitens des Landes bislang immer noch keine Informationen zur ab 2026 vorgesehenen Ganztagsbeschulung in den Grundschulen vorliegen, was die weitere Planung in diesem Bereich deutlich erschwert.

Herr Unnewehr stellt anschließend anhand einiger Folien für den Geschäftsbereich 1 die Plandaten für die Liegenschaftsverwaltung dar. Hierbei weist er unter anderem darauf hin, dass im Rahmen der Bewirtschaftung die Kosten für den Erdgasbezug nach Vorliegen der Gasausschreibung mit einem Arbeitspreis von 8,86 Cent/kWh noch um rund 25 Prozent gesenkt werden können. Die einzelnen Folien hierzu sind als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Schulausschusses einzelne Positionen durch. Es werden einige Verständnisfragen zu einzelnen Positionen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

#### **Raumsituation an der KGS Rastede**

Frau Dr. Eying erkundigt sich, wie nach dem Abbau der Container-Klassen am Standort Wilhelmstraße der KGS die fehlenden Raumkapazitäten kompensiert werden sollen, zumal es schon jetzt „Wanderklassen“ gibt, die keinen festen Klassenraum haben.

Herr Unnewehr gibt zu verstehen, dass sein Geschäftsbereich keine Kenntnis darüber hat, dass nach dem gerade fertiggestellten Anbau mit sechs Klassenräume erneut Klassenräume fehlen.

Frau Duin-Lay bemerkt, dass die Kommunikation bisweilen zu wünschen übrig lässt und bereits beim Richtfest des neuen Anbaus seitens der Schule zum Ausdruck gebracht wurde, dass sich durch die Einführung des Pflichtfaches Informatik die Raumsituation weiter verschärfen wird.

Bürgermeister Krause legt dar, dass sich die Verwaltung im stetigen Austausch mit der Schulleitung befindet und die Raumplanung ein dynamischer und vielschichtiger Prozess ist, in dem unter anderem auch der sanierungsbedürftige MuKuBi-Trakt weiter thematisiert werden muss.

### **Schulentwicklungsplan**

Herr Küpperbusch weist auf den in der vergangenen Woche eingereichten Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 4 zur Niederschrift) hin und führt ergänzend aus, dass die Politik derzeit nur Stückwerk und einen Zustand sieht, der dem Lernort Schule nicht gerecht wird. Mit einem unter Beteiligung aller Rasteder Schulen hergestellten Schulentwicklungsplan könnte eine Planbarkeit hergestellt und aufgezeigt werden, wo die Gemeinde in den nächsten Jahren hin will und was an Maßnahmen ansteht.

Herr Meyer betont, dass sich die Verwaltung und die Schulleitungen im stetigen Austausch befinden und eine hohe Zufriedenheit herrscht, sodass die beantragte Beauftragung eines Planungsbüros für 65.000 Euro nicht nachvollziehbar ist.

Frau Brand legt mit Blick auf die Einführung der Ganztagschule dar, dass bislang nicht klar ist, welche gesetzlichen Regeln in den nächsten Jahren kommen werden, sodass es nach ihrer Meinung zielführender ist, wie im Mai für die Grundschulen beschlossen, konkrete Raum- und Ausstattungskonzepte unter Berücksichtigung der pädagogischen Ausrichtung zu erarbeiten.

Frau Heilker und Frau Lamers bemerken, dass aktuell nur versucht wird, Löcher zu stopfen, anstatt einmal vor die Welle zu kommen. Vor dem Hintergrund der zahlreich anstehenden Baumaßnahmen, der voranschreitenden Digitalisierung, der Inklusion und der ab 2026 vorgesehenen Ganztagsbeschulung, soll mithilfe eines externen Planungsbüros die bereits überlastete Verwaltung unterstützt werden, um diese Aufgaben bewerkstelligen zu können.

Frau Dr. Eyting schließt sich den Ausführungen von Frau Brand weitestgehend an, führt jedoch ergänzend aus, dass nach ihrer Auffassung insbesondere ein Konzept für die KGS benötigt wird, um Wege zu finden, die problematische Raumsituation zu entschärfen. Davon abgesehen stellt aus ihrer Sicht der Finanzierungsvorschlag eine Anmaßung dar, die darauf fußt, dass einige Mitglieder der CDU-Fraktion gegen das Baugebiet in Loy sind.

Bürgermeister Krause betont, dass es unüblich ist, dass im Schulausschuss eine Gegenfinanzierung zulasten des Bauausschusses vorgelegt wird, sodass die CDU-Fraktion klar aufzeigen soll, an welcher Stelle sie im Schulbereich noch Einsparpotenzial sieht.

Frau Meyer weist darauf hin, dass das Erstellen eines Schulentwicklungsplanes Aufgabe des Landkreises ist, weil auch weiterführende Schulen wie die berufsbildenden Schulen einbezogen werden müssten. Dessen ungeachtet hinterfragt sie, ob ein solcher Plan aufgrund der zahlreichen ungeklärten Vorgaben seitens des Landes zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt sinnvoll ist. Im Übrigen ist der vorgeschlagene Deckungsvorschlag so nicht möglich, da ein Schulentwicklungsplan im Ergebnishaushalt zu finanzieren wäre, während die Planungskosten für das Baugebiet in Loy im Investitionshaushalt angesiedelt sind.

Frau Duin-Lay und Herr Kolbe befürworten grundsätzlich einen Schulentwicklungsplan und zeigen sich offen für eine Zusammenarbeit und weiterführende Gespräche. Im Übrigen bemerkt Herr Kolbe, dass nach seiner Einschätzung ein Schulentwicklungsplan perfekt ist, um die Schulen langfristig zu entwickeln.

Frau Fisbeck warnt davor, im vorausseilenden Gehorsam jetzt Beschlüsse herbeizuführen, wo überall angebaut oder Mensen geschaffen werden sollten, ohne dass die gesetzlichen Vorgaben klar sind.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden die Stellungnahmen der Fraktionen weiter verfestigt.

Frau Lamers unterbreitet abschließend nachfolgenden Beschlussvorschlag mit einem gegenüber der eingereichten schriftlichen Fassung veränderten Gegenfinanzierungsvorschlag.

- *In den Haushaltsplan 2024 wird die Erstellung eines Schulentwicklungsplans aufgenommen. Für die Maßnahmen werden 65.000 Euro veranschlagt.*
- *Zur Gegenfinanzierung werden eingesparte Finanzmittel aus der um rund 25 Prozent günstiger ausgefallenen Gasausschreibung eingesetzt.*

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Janßen über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Bei 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Herr Janßen lässt nachfolgend über die vorliegende Beschlussempfehlung der Verwaltung abstimmen.

**Beschlussempfehlung:**

Der Schulausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2024 unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	7
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 7**

**Anfragen und Hinweise**

**Schulsozialarbeit an der KGS Rastede**

Herr Daries weist darauf hin, dass die Verwaltung am 21.08.2023 einen Antrag der KGS Rastede auf personelle Unterstützung bei der sozialpädagogischen Arbeit erhalten hat, sodass er erwartet hätte, dass die Thematik im heutigen Schulausschuss besprochen werden würde.

Frau Meyer berichtet, dass im Nachgang der Antragstellung weiterführende Gespräche mit der Schulleitung geführt und vereinbart wurde, dass der Antrag an das für die Schulsozialarbeit zuständige Land gesendet wird.

Herr Daries bemerkt, dass auch seitens des Ortsverbands ein gleichlautender Antrag an die Kultusministerin übersendet wurde.

Frau Duin-Lay legt dar, dass unlängst die Mitteilung bei der Schulleitung eingegangen ist, dass seitens des Landes keine Stelle bezahlt beziehungsweise geschaffen wird.

Bürgermeister Krause warnt eindringlich davor, Aufgaben zu übernehmen und zu bezahlen, die nicht in das Aufgabengebiet der Gemeinde Rastede fallen. Er spricht sich dafür aus, noch einmal eindringlich über die Fraktionen beim Land zu intervenieren.

**Videoüberwachung**

Frau Fisbeck erkundigt sich vor dem Hintergrund der jüngsten Vandalismusschäden im Bereich der Toiletten auf dem Turnierplatz, ob und inwieweit eine schon häufig eingeforderte Videoüberwachung dort möglich ist.

Herr Unnewehr gibt zu verstehen, dass erst heute die Schadensmeldung eingegangen ist. Im Übrigen ist eine Videoüberwachung im öffentlichen Bereich nur sehr schwer und mit einer sehr ausführlichen Begründung durchzusetzen, während im Bereich der Schulen aus Datenschutzgründen überhaupt keine Handhabe für eine Überwachung besteht. Selbst die Installation einer Attrappe wurde unlängst vom Datenschutzbeauftragten des Landes beanstandet.

Bürgermeister Krause legt ergänzend dar, dass alle Vandalismusschäden zur Anzeige gebracht werden.

**Tagesordnungspunkt 8**

**Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

**Tagesordnungspunkt 9**

**Schließung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Janßen schließt die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 19:13 Uhr.